

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzj. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzj., unter Kreuzband und gedrucker Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Garmond-Spaltenzeile ober den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. Zu diesen Gebühren ist noch der Insertions-Stempel per 30 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Inserate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels).

Laibacher Zeitung.

Amtlicher Theil.

S. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 7. Juni d. J. den Professor der Moralthologie an der theologischen Lehranstalt in Trient Joseph Planer und den Pfarrdechant von Cavalese Kasimir Bertagnoli zu Domherren an dem Kathedralekapitel zu Trient allergnädigst zu ernennen geruht.

S. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 15. Juni d. J. auf Vorschlag der Gemeinden und der Provinzialkongregation den Alessandro Nobile Sagrasso zum Deputirten der Stadt Verona bei der lombardisch-venetianischen Zentralkongregation allergnädigst zu ernennen geruht.

Zugleich haben Allerhöchstdieselben dem Luigi Nobile Morando de Rizzoni für seine als Deputirter bei der lombardisch-venetianischen Zentralkongregation geleisteten Dienste die Allerhöchste Zufriedenheit auszudrücken geruht.

S. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 9. Juni d. J. den Domherrn des Großwardeiner gr. k. Domkapitels Dr. Johann Bancsa zum Schulenoberaufseher der genannten Diözese allergnädigst zu ernennen geruht.

Heute wird in deutschem und zugleich slovenischem Texte ausgegeben und versendet:

Gesetz- und Verordnungs-Blatt für das Herzogthum Krain.

IX. Stück. Jahrgang 1865.

Inhalts-Übersicht:

10.

Erlaß der k. k. Landesbehörde für Krain vom 1. Juni 1865, Nr. 5533,

womit der Erlaß des k. k. Staatsministeriums vom 5. Mai 1865, Nr. 1810, die Behandlung der Vergfährer als Gewerbetreibende und die Regelung des Vergfährerwesens betreffend, kundgemacht wird.

Vom k. k. Redaktions-Bureau des Gesetz- und Verordnungs-Blattes für Krain.

Laibach am 26. Juni 1865.

Nichtamtlicher Theil.

19. Sitzung des Herrenhauses

vom 22. Juni.

(Schluß.)

Fürst Jablonowski vermahrt sich gegen die Annahme, als sei er gegen niedere Tarife. Dieß liege fogar im wohlverstandenen Interesse der Bahnen selbst.

Freiherr v. Lichtenfels sieht nicht ein, warum man die schärferen Bestimmungen des Abgeordnetenhauses ablehnen sollte, nachdem der andere Kontrahent, respective Konzeßionär, sich sie gefallen lassen will.

Graf Leo Thun: Ein solcher Kontrahent existire seines Wissens nicht, sondern soll erst gesucht werden.

Freiherr v. Lichtenfels: Wie er glaubt, hat Pickering sein Offert nicht zurückgezogen.

Graf Leo Thun: Pickering's Offert beziehe sich auf die ganze Bahn, nicht auf das in Rede stehende Stück.

Sektionschef Freiherr v. Kalchberg theilt zur Aufklärung mit, daß die Verhandlungen mit Pickering derart stehen, daß die Regierung ihm wohl die Konzession verweigert, er aber gewissermaßen gebunden sei. Pickering müßte darauf gefaßt sein und war es auch, daß an der Regierungsvorlage Aenderungen vorgenommen werden würden.

Der Berichterstatter empfiehlt die Beibehaltung der Textirung des Abgeordnetenhauses.

Es wird zur Abstimmung geschritten.

Die Anträge des Fürsten Jablonowski (Wiederherstellung der Regierungsvorlage) werden angenommen. Die letzte Alinea in der Fassung des Abgeordnetenhauses angenommen.

Die Punkte 11, 12 und 13 werden ohne Debatte angenommen.

Zu Punkt 14 stellt

Graf Leo Thun den Antrag: Die zweite Alinea habe zu lauten: „Der Betrag der Prioritätsobligationen darf den Betrag des Aktienkapitals nicht überschreiten.“ (Das Abgeordnetenhaus hat beschlossen, es dürfen Prioritäten im doppelten Betrage des Aktienkapitals ausgegeben werden.) Zur Motivirung des Antrages beruft sich Graf Thun auf das, was er in der Generaldebatte sagte.

Sektionschef Freiherr v. Kalchberg bekämpft den Antrag mit Bezug auf das, was er auch schon in der Generaldebatte sagte. Die Solidität des Unternehmens sei durchaus nicht gefährdet, der Staat habe immer dieselbe Ziffer zu garantiren, ob sie in Prioritäten oder Aktien beschafft wird, übrigens habe der Konzessionswerber von dieser Begünstigung sein Offert abhängig gemacht.

Graf Leo Thun kann nicht begreifen, daß die Solidität des Geschäftes dadurch nicht alterirt werden solle.

Fürst Jablonowski ist der Ansicht des Grafen Thun und unterstützt dessen Antrag.

Sektionschef Freiherr v. Kalchberg tritt der Ansicht Jablonowski's entgegen, als würde dadurch der Werth dieser Papiere auf dem ausländischen Markte herabgesetzt, dieser Ansicht stehe der ausdrückliche Wunsch des Konzeßionärs entgegen, welche er damit motivirt, daß dies es ihm möglich macht, bessere Preise zu erhalten. Eine günstige Emission der Papiere liege aber auch im Interesse des Staateschages.

Fürst Jablonowski repliziert.

Graf Thun: Er müsse seinen Antrag umso mehr aufrecht halten, als es aus den Reden des Leiters des Handelsministeriums hervorgehe, daß er diese Bestimmung nicht auf diesen speziellen Fall beschränken, sondern zum Prinzip machen wolle, um bessere Preise für Eisenbahnpapiere zu erzielen. Durch das künstliche Hinaustreiben der Papiere werde aber nur der Aktienschwindel befördert.

Berichterstatter bekämpft den Antrag Thun. Bei der Abstimmung bleibt derselbe in der Minorität.

Punkt 15 wird ohne Debatte angenommen.

Bei Punkt 16 wendet sich

Fürst Jablonowski gegen die Bestimmung, daß die Staatsverwaltung dafür Sorge trage, daß die Ueberwachung der Gebahrung in ökonomischer Beziehung in der Art stattfinden solle, daß es bei der Vorlage der Jahresrechnung nur einer ziffermäßigen Ueberprüfung bedürfe. Diese Bestimmung werde der Regierung eine Menge neuer Geschäfte zuweisen, die keinen besonderen Zweck haben. Sie müßte eine eigene stete Ueberwachung aller einzelnen Geschäfte der Bahn einleiten. Man mache der Regierung den Vorwurf des Vielregierens und doch habe das andere Haus eine Bestimmung aufgenommen, welche in der Regierungsvorlage nicht enthalten war und die der Regierung Geschäfte zuweist, die ihr gar nicht zukommen. Die Verhältnisse seien nicht darnach ange-

than, daß man den Unternehmern vornherein die Lust benimmt, Eisenbahnen zu bauen. Redner beantragt auch bei diesem Punkte die Annahme nach der Textirung der Regierungsvorlage (unterstützt.)

Sektionschef Freiherr v. Kalchberg: Die allgemeine Klage gehe dahin, daß die Regierung sich zu wenig in die Eisenbahnangelegenheiten mische. Uebrigens haben die Bahnen selbst das Ersuchen gestellt, daß das Institut der Regierungs-Kommissäre mehr ausgebildet werde, damit nicht vor Flüssigmachung der Staatszuschüsse Einwendungen erhoben werden und dadurch die Auszahlung aufgehalten werde. Dieß war das Motiv, welches die Regierung zu ihrer ursprünglichen Bestimmung bewog und sie auch veranlaßte, der etwas schärferen Textirung des Abgeordnetenhauses beizutreten. Er könne daher nur empfehlen, die Textirung des Abgeordnetenhauses anzunehmen. — Redner sagt, er könne die Beforgniß nicht theilen, daß leichtere Bedingungen nothwendig seien, um Unternehmer zu encouragiren, denn wie er versichern könne, melden sich immer neue Unternehmer für neue Linien.

Für Jablonowski repliziert.

Der Berichterstatter spricht sich gegen die Anträge desselben aus und befürwortet die Beibehaltung des Textes nach dem Beschlusse des Abgeordnetenhauses.

Bei der Abstimmung bleibt der Antrag Jablonowski in der Minorität und wird Punkt 16 in der Fassung des Abgeordnetenhauses angenommen.

Die übrigen Bestimmungen des Gesetzes werden ohne Debatte angenommen, ebenso die im Art. II in suspensio gelassene Ziffer der Garantiesumme mit 1,050,000 fl.

Ebenso wird der von der Kommission beantragte Wunsch (bereits mitgetheilt) ohne Debatte angenommen.

Freiherr v. Meslacher erstattet hierauf im Namen der Finanzkommission mündlich Bericht über das Gesetz, betreffend die Fortdauer der Steuer-, Stempel- und Gebührenerhöhung für die Monate Juli, August und September. Die Finanzkommission stellt den Antrag, das Gesetz in der von dem Abgeordnetenhaus beschlossenen Fassung anzunehmen. Wird ohne Debatte angenommen, worauf das Gesetz auch fogleich in dritter Lesung endgiltig zum Beschluß erhoben wird.

Auf der Tagesordnung steht ferner der Kommissionsbericht über den Gesetzentwurf, betreffend die Aufhebung der Steuerfreiheit im Ascher Lebensgebiete.

Berichterstatter ist Freiherr v. Lichtenfels.

Die Kommission stellt den Antrag, statt der vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Bestimmung, „daß die Steuerfreiheit bezüglich der direkten Steuern für die Lebensinteressenten mit 1. Jänner 1874 aufgehoben werde“, zu beschließen, „daß die Steuerfreiheit für die Lebensinteressenten mit 1. Jänner 1870 aufgehoben werde, daß jedoch den Lebensinteressenten eine angemessene Entschädigung zukomme, deren Betrag im Wege des Uebereinkommens, eventuell im Rechtswege, zu ermitteln ist.“ — Betreffs der übrigen Bestimmungen des Gesetzes tritt die Kommission den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses bei.

(Auf der Ministerbank: Ritter v. Hein und Graf Mensdorff.)

Da das Gesetz nur aus Einem Artikel besteht, fällt die General- mit der Spezialdebatte zusammen.

Fürst Salm ist der Ansicht, daß den Kronvasallen die Entschädigung auch für die Uebernahme der indirekten Abgaben zuzugestehen wäre, insoweit sie bisher die Freiheit von denselben genossen haben. Redner glaubt auch, daß die Erlassung der Hälfte der direkten Steuern bis zum 1. Jänner 1874 nebst den ehemaligen Unterthanen auf alle übrigen Realitätenbesitzer und Einwohner des Ascher Gebietes,

20. Sitzung des Herrenhauses

vom 23. Juni.

Auf der Ministerbank: Mensdorff, Schmerling, Mecsery, Plener, Burger, Frank, Kadásdy; Sektionschef v. Kalkberg.

Nach Vorlesung des Protokolls werden die Einkünfte mitgetheilt. Darunter befindet sich die Mittheilung der von dem Abgeordnetenhaus über mehrere Berichte der Staatsschuldenkontrollkommission in einer der letzten Sitzungen derselben gefassten Beschlüsse.

Die Berichte der Staatsschuldenkontrollkommission werden jener Kommission zugewiesen, welche bisher über die Berichte der Staatsschuldenkontrollkommission referirte.

Es folgt die dritte Lesung des Gesetzes über die siebenbürgische Bahn. Dasselbe wird entgeltlich zum Beschlusse erhoben.

Ebenso wird das Gesetz, betreffend die Aufhebung der Steuerfreiheit im Ufcher Lehensgebiet in dritter Lesung zum Beschlusse erhoben.

Auf der Tagesordnung steht der Bericht der Finanzkommission über das Budget des Jahres 1865. Generalberichterstatter ist Ritter v. Pipitz.

Die Finanzkommission beantragt bei den folgenden Kapiteln des Erfordernisses im Gegenhalte zu den Anträgen des Abgeordnetenhauses eine Erhöhung der Ansätze eintreten zu lassen.

Bei Kap. 3, Reichsrath um . . . 300 fl.
(nachträglich auch vom Abgeordnetenhaus bewilligt).

Kap. 4 Staatsrath um	1.000 "
" 7 und 8 Staatsministerium um	420.204 "
" 9 ungarische Hofkanzlei um	71.000 "
" 10 siebenbürgische Hofkanzlei um	170.000 "
" 11 kroatisch-slavon. Hofkanzlei um	111.698 "
" 12 Unterrichtsath um	17.940 "
" 13 bis 38 Finanzministerium um	307.881 "
" 39 Handelsministerium um	65.490 "
" 41 Polizeiministerium um	44.704 "
" 42 Kontrollebehörden um	23.459 "

zusammen . . . 1,233.676 fl.
Bei Kap. 6 Ministerium des Aeußeren wurde eine Verminderung von 9.610 fl. und bei Kap. 40 Justizministerium eine Verminderung von 1.733 fl., zusammen 11.343 fl. vorgeschlagen.

Bei dem Kriegsministerium wird eine Erhöhung von . . . 4,785.000 fl.
bei dem Marineministerium von . . . 679.966 "

zusammen . . . 5,464.966 fl.
beantragt.

Die Erhöhung beträgt somit zusammen 6,698.642 Gulden, von welchen die Verminderung von 11.343 fl. abzuziehen ist.

Die Gesamt-Erhöhung des vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Erfordernisses beträgt somit 6,687.299 fl., was im Vergleiche mit dem ursprünglichen Präliminare der Regierung einer Abminderung derselben um 20,430.018 fl. gleichkommt.

Betreffs der Bedeckung beantragt die Kommission die Annahme der vom Abgeordnetenhaus eingestellten Positionen, so daß sich nach den Anträgen der Finanzkommission ein Gesamtabgang von 13 Mill. 867.706 fl. ergeben würde.

Präsident eröffnet die Generaldebatte.

Finanzminister Edler v. Plener rechtfertigt den von der Regierung an dem Voranschlage pro 1865 vorgenommenen Abstrich von 20 Mill. unter Hinweis auf die seit der Abfassung desselben stattgehabten Änderungen einiger auf die Höhe der Ziffer Einfluß nehmender Voraussetzungen. — Auf die Verhandlungen im Abg. Hause übergehend, bemerkt der Minister, daß die Regierung ihrerseits das aufrichtigste und rückhaltlose Bestreben bethätigt habe, den finanziellen Verhältnissen so weit als möglich Rechnung zu tragen. — Um die Finanzlage zu beleuchten, führt der Minister dem Hause die bis jetzt nothwendige Ziffer der Schuldentilgung und das vom 3. 1867 eintretende Verhältniß derselben vor. — Nachdem der Minister noch die Verhältnisse der Schuldentilgung, namentlich an die Bank in den Jahren 1865 und 1866 dargestellt, versichert derselbe, daß die Regierung in konsequenter Durchführung der vor ihr im Budget für 1865 vorgenommenen Reduktion gleichzeitig die entsprechenden Aufträge zur Verwirklichung derselben an alle Behörden erlassen habe, und daß die vorliegenden Resultate die vollständige Erhaltung der Reduktionen in beruhigender Weise konstatiren. An der Hand dieser Erfahrung seien bereits Vorarbeiten im Zuge, daß die Einnahmen vom 3. 1867 sich nur auf direkte und indirekte Steuern, Gefälle und sonstige regelmäßige Staatseinkünfte beschränken; auch die Schuldentilgung werde aus den Einnahmen bedeckt, und nur der Rest auf die einzelnen Verwaltungszweige repartirt werden.

Zum Schluß wirft der Minister einen Blick auf die Regierungsvorlage, betreffend die nothwendig gewordene Kreditoperation, wozu er sich durch die maß-

losen Uebertreibungen bewogen fühlt, zu welcher diese Vorlage in der Öffentlichkeit geführt hat. Er zeigt, daß damit eigentlich gar keine neue Schuld kontrahirt werde, zu welcher bereits die Zustimmung des Reichsrathes erfolgt sei. — Der Minister schließt, indem er bemerkt, die Regierung glaube ihr Streben nach Reduktionen durch die That und durch faktische Reduktionen bewiesen zu haben.

Graf Anton Auerberg: Im Finanzausschusse habe sich auch eine Minorität befunden, und er halte es für passend, wenn eine Stimme derselben laut werde; wobei er zugleich erklären müsse, daß er nicht im Namen derselben spreche. Die Kommission ging von der Ansicht aus, die größtmöglichen Ersparungen zu erzielen. Die Minorität ging in diesen Ersparungen noch einen Schritt weiter, um eine Einigung mit dem Abgeordnetenhaus zu erzielen. Er behalte sich auch vor, bei einzelnen Posten die bezüglichen Amendements einzubringen. Wer für die Stimmen, die in den einzelnen Provinzen laut werden, ein Ohr hat, der hätte schon bei Eröffnung der diesjährigen Session erkennen müssen, daß dieselbe eine der wichtigsten und bedeutungsvollsten sein werde. Redner geht in eine Betrachtung der finanziellen Situation ein. Er wolle dies sine ira et studio thun; ihm falle es nicht ein, auf Männer Steine zu werfen, die unter der Mißgunst der Verhältnisse in erster Linie leiden, er sei nie ihr Feind gewesen, er sei es auch jetzt nicht. Die finanzielle Noth war es in erster Linie, welche von der Verfassung Abhilfe erwartete. In der ersten Zeit des Reichsrathes war dies auch der Fall, doch später sei nicht viel Erhebliches geschehen. Schon die Budgetkommission habe die Beseitigung des Gebahrungsbeficits als Nothwendigkeit bezeichnet, (auf der Ministerbank erscheint Hein) doch mit der neueren Aera seien die alten Ziffern beibehalten worden, und zwar in Folge der Beibehaltung des alten Systems. Die Kommission sagt, man könne bei den Ersparungen nicht allzu große Sprünge machen, doch bisher sei zu dem kleinsten Sprünge nicht einmal ein Anlauf genommen worden.

Redner malt in düstern Farben die volkwirtschaftlichen Verhältnisse der Provinzen und sagt, das seien ganz andere Resultate als man von der neuen Aera erwartete. Er erinnert an eine Rede des Finanzministers aus der ersten Session des Reichsrathes, in welcher dieser selbst das Schuldenmachen als den Ruin Oesterreichs bezeichnete. Er sei kein Finanzmann, aber er habe die Ueberzeugung, daß der Staatshaushalt auf denselben Prinzipien beruhe, wie der Privathaushalt. Die Ausgaben müssen nach den Einnahmen geregelt werden. Ersparung sei das unabweisliche Gebot zur Herstellung des Gleichgewichts, und da von der Regierung die Initiative dazu wenigstens nicht in ausgiebiger Weise ergriffen wurde, so sei es Pflicht des Reichsrathes, diese zu ergreifen. Die Regierung bestehe auf ihren Ziffern, das Abgeordnetenhaus auf den seinen. Da drohe ein Konflikt, der dem jungen Verfassungselben Gefahr bringe und da frage es sich, welche Stellung das Herrenhaus einnehmen sollte. Unabhängigkeit sei eine Nothwendigkeit für das Herrenhaus, Unabhängigkeit sei das Palladium aller Herrenhäuser der Welt, wobei sie ihre Aufgabe erfüllen.

Das Herrenhaus müsse sich nicht mit der Regierung identifiziren, sonst gibt es seine Stellung auf, zu einem und demselben brauche man nicht zwei Organe. Durch rücksichtsloses Annehmen der Ziffern der Regierung würde man nur den Widerstand des andern Hauses provoziren. Man müsse aber deshalb auch nicht die Ziffern des andern Hauses unbedingt annehmen. Selbstständig soll das Haus vorgehen, keines der Häuser soll sich von dem andern ins Schlepptau nehmen lassen und wenn beide auch momentan sich trennen, so werden sie sich doch wieder finden, wenn sie denselben Cours steuern. Die Kommission habe das Budget selbstständig geprüft, in dieser Selbstständigkeit liege aber schon der Grund zu Differenzen, jedoch müsse man sich bemühen, dieselbe nur auf die wesentlichsten Positionen zu beschränken. Das Herrenhaus soll der freundliche Vermittler zwischen der Regierung und dem Abgeordnetenhaus sein. (Bravo.)

(Schluß folgt.)

82. Sitzung des Abgeordnetenhauses

vom 22. Juni.

Präsident Ritter v. Hasner eröffnet um 10 Uhr 50 Minuten die Sitzung.

Auf der Ministerbank: Sektionschef v. Kalkberg. Eine Interpellation des Abg. Ernst Schneider und 22 Genossen an den Herrn Leiter des Handelsministeriums gelangt zur Verlesung. Die Interpellanten richten an die Regierung die Frage:

„Gedenkt die hohe Regierung noch in dieser Session einen Gesetzentwurf zur Revision des Markenschutzgesetzes einzubringen, oder welche Hindernisse stehen der Einbringung desselben entgegen?“

welche bisher an der Steuerbefreiung Theil genommen haben, auszudehnen sei. Er stellt daher folgende Anträge:

Der erste Antrag bezweckt eine Aenderung der ersten Alinea des Gesetzes dahin gehend, daß die indirekten Steuern den direkten im Gesetze gleich gestellt werden; der zweite Antrag geht dahin, daß in der 4. Alinea, welche normirt, daß die ehemaligen Unterthanen bis Ende 1873 nur die Hälfte der Steuern zahlen sollen, statt „ehemalige Unterthanen“ gesagt werde: Realitätenbesitzer und Inwohner des Ufcher Gebietes, welche nicht Kronvasallen sind, bisher aber die Steuerfreiheit genossen haben.

Die Anträge werden unterstützt.

Graf Leo Thun: Das Prinzip, welches der Regierungsvorlage zu Grunde lag, sei das richtige gewesen. Durch die im Abgeordnetenhaus daran vorgenommenen Aenderungen hat sich das Resultat ergeben, daß diejenigen, welche keine eigentlichen Rechte besitzen, günstiger behandelt werden sollen, als diejenigen, welche ihre Rechte verlieren. Er ist daher in dieser Beziehung vollkommen für die Anträge der Kommission, ist aber auch der Ansicht des Fürsten Salm, daß auch für die indirekten Abgaben eine Entschädigung zu leisten sei (auf der Ministerbank Edler v. Plener), weshalb er das Amendement desselben unterstützt. Auch den Ausdruck „Kronvasallen“ hält Redner für den besseren, weil es im Ufcher Gebiet auch eine Reihe von Aftervasallen gab, welche zwar bei der Grundablösung als Emphiteuten behandelt wurden. Trotzdem könnten von dieser Seite Ansprüche erhoben werden, wenn der Ausdruck des Abgeordnetenhauses „Lehensinteressenten“ beibehalten würde.

Berichterstatter Freiherr v. Lichtenfels vertritt die Ansicht der Kommission, daß für die Uebernahme der indirekten Steuern der Kronvasallen keine Entschädigung zu leisten sei.

Graf Leo Thun replicirt und bleibt bei der Behauptung, daß die Kronvasallen auch auf Entschädigung für die indirekte Steuer ein Recht hätten. Er empfiehlt die Anträge Salm.

Freiherr v. Lichtenfels begründet nochmals seine Ansicht.

Fürst Salm bemerkt noch, daß der finanzielle Vortheil für den Staat ein sehr unbedeutender sein werde und daß es sich nur um die Beseitigung eines Ausnahmeverhältnisses handle, weil die neue Zeit eben keine Ausnahmen dulde. Er bemerke das, weil, wie ihm scheint, auf die finanzielle Seite der Frage zu viel Gewicht gelegt werde.

Minister Ritter v. Lasser: Es wäre wohl am besten gewesen, den Entwurf des Abgeordnetenhauses anzunehmen, dadurch würde die Frage mit einem Schlag und im Interesse der Lehensinteressenten selbst gelöst werden. Wenn man aber das Recht der Kronvasallen anerkennt, dann sei jedenfalls der Antrag der Kommission der richtigste.

Der Minister kann für die Familie Zedtwitz keine besonderen Vortheile sehen, wenn dieselbe den Rechtsweg betreten müßte und er glaubt, diese würde am besten thun, die Entschädigung dem guten Einsehen der Finanzverwaltung zu überlassen. Die Frage der Entschädigung der indirekten Steuern hätte keinen Werth, dahinter stecke aber etwas anderes, man will nämlich dem Zedtwitz noch vier Jahre Steuerfreiheit bezüglich der indirekten Steuern sichern.

Der Minister findet keine Gründe zu einer solchen Ausdehnung des Beneficiums, er citirt eine Stelle aus der Rede des Grafen Belcredi, des eifrigsten Verfechters der Entschädigung im Abgeordnetenhaus, welcher sich ausdrücklich gegen eine Entschädigung der indirekten Steuern aussprach, ja dieselbe als unausführbar bezeichnete.

Der Minister empfiehlt daher die unveränderte Annahme der Kommissionsanträge.

Bezüglich des zweiten Amendements des Fürsten Salm überläßt der Minister dessen Annahme der Erwägung des Hauses.

Bei der Abstimmung bleibt das erste Amendement des Fürsten Salm in der Minorität und werden die drei ersten Alineas des Artikels nach dem Kommissionsantrag angenommen.

Graf Leo Thun befürwortet die Annahme des zweiten Amendements des Fürsten Salm, an die Stelle der vierten Alinea des Kommissionsantrages, welche dahin geht, daß die ehemaligen Unterthanen im Ufcher Gebiete bis Ende 1873 nur die Hälfte der auf sie entfallenden direkten Steuern zu entrichten haben.

Fürst Salm spricht ebenfalls für sein Amendement. Er betont namentlich die Billigkeitsgründe.

Freiherr v. Lichtenfels vertritt auch in diesem Punkte als Berichterstatter den Kommissionsantrag.

Bei der Abstimmung bleibt der Antrag Salm in der Minorität, es wird der Kommissionsantrag angenommen.

Die Sitzung wird hierauf geschlossen.

Aussland.

Tagesordnung: „Schriftführerwahl.“ Die Stimmzettel werden abgegeben, das Scrutinium wird nach der Sitzung vorgenommen.

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist die erste Lesung der Regierungsvorlage in Betreff der Bedingungen und Zugeständnisse für die Unternehmung der Eisenbahn von Wien nach Eger mit der Zweigbahn von Wittingau nach Prag.

Abg. **Mende** beantragt die Zurückweisung dieser Regierungsvorlage an einen aus dem Hause zu wählenden Ausschuss von 12 Mitgliedern. (Wird angenommen.) Die Wahl wird vorgenommen, die Stimmzettel abgegeben und zum Behufe des Scrutiniums die Sitzung unterbrochen.

Vizepräsident v. **Hopfen** gibt nach Wieder- aufnahme der Sitzung (12 Uhr) das Wahlergebnis bekannt. Abgegeben wurden 132 Stimmzettel; als gewählt erschienen nur 9 Mitglieder, und zwar: Eichhoff (126), Herbst (126), Mende (120), Graf Wratistlaw (105), Pantraz (101), Steffens (99), Giska (80), Kuranda (79), Grüner (70). — Bei der Nachwahl werden Bresl (91), Kaiser (80) und Proskowetz (76) gewählt.

Ueber Befragen des Vizepräsidenten genehmigt das Haus, daß der Petitionsausschuss einige Reserate vor dasselbe bringe.

Abg. **Mende** (Obmann des Petitionsausschusses) referirt über eine Petition des Verwaltungsrathes der Theiseseisenbahngesellschaft wegen Abwendung einiger nachtheiliger Bestimmungen aus dem mit der Staatsverwaltung abgeschlossenen Vertrage vom 16. Jänner 1865. — Der Antrag des Petitionsausschusses, diese Petition dem Finanzministerium mit der Einladung abzutreten, den Nachtragsvertrag vom 16. Jänner 1865 in Uebereinstimmung mit der Gesellschaft der Theiseseisenbahn dahin abzuändern, daß die rechtzeitige Einlösung des Mai-Coupons der Aktien gesichert werde, wird ohne Debatte angenommen.

Eine Petition des Verwaltungsrathes der Kaiserin Elisabeth-Westbahn, welche dasselbe wie die vorerwähnte anstrebt, wird über Antrag des

Abg. **Herbst** dem Finanzausschusse pro 1866 zugewiesen.

Abg. **Van der Straß** referirt über eine Petition des Josef Bidschim, eines angeblich in Esseg Internirten, um Aufhebung der Internirung. Die Petition wird dem Polizeiministerium abgetreten. Die Sitzung wird hierauf geschlossen.

Nächste Sitzung Dienstag.

Oesterreich.

Wien, 22. Juni. Herr **Eloin** hatte gestern Audienz bei Sr. Majestät dem Kaiser. Wie wir vernehmen, hat Herr **Eloin** lediglich die Mission, an den Höfen von Brüssel und Wien den hohen Verwandten des Kaisers und der Kaiserin Berichte über die Zustände in Mexiko und die Verhältnisse des Hofes zu erstatten. Herr **Eloin** hat, wie wir hören, hier ein sehr günstiges Bild der mexikanischen Zustände entworfen und die durch Zeitungsberichte hervorgerufenen Beforgnisse durch den Hinweis auf Thatfachen zerstreut. Namentlich die Mittheilungen über die Klibustierzüge erweisen sich nach seinen Berichten als geradezu lächerlich und jene über den Mangel an Geldmitteln der Regierung als durchaus unrichtig. Als eine Katastrophe bezeichnet Herr **Eloin** das Räuberwesen, das natürlich nicht mit einem Schlage vernichtet werden kann und gegen welches es außer dem energischen militärischen Einschreiten nur ein Mittel gebe, eine organisirte Ueberwachung der wüsten Landstrecken, eine geordnete Kolonisation und Verbesserung der Verkehrsstraßen, in Betreff welcher binnen kurzer Zeit große Fortschritte erzielt werden. Man ist hier von den mit Daten und Ziffern belegten Berichten des Herrn **Eloin** sehr befriedigt.

— 22. Juni. Der Finanzausschuss für 1866 erledigte heute die Kapitel: Ungarische Hofkanzlei, Krieg, Lotto, Zoll, Tabak, Münzverlust, Zinsen der Staatsschuld, Schuldentilgung und politische Verwaltung des Rechnungsabschlusses für 1862. Bei letzterer wurden 110.333 fl. „Ausgaben für allgemeine Zwecke der politischen Verwaltung“ als nicht gerechtfertigt erkannt.

Triest, 23. Juni. Amtlichen Nachrichten zufolge ist in Livorno, Genua und Ancona eine sieben-tägige Observationsquarantaine, in Malta eine acht-tägige Quarantaine, in Athen eine acht- bis zwölf-tägige Observationsquarantaine, in Konstantinopel und allen türkischen Häfen eine fünf-tägige Quarantaine bloß für Personen, in Marseille für jetzt eine 48stündige Quarantaine angeordnet.

— 23. Juni. Der Gemeinderath von Pifino (Mitterburg) wurde aufgelöst und bis zur Wahl eines neuen ein k. k. Bezirksamtsadjunkt mit der Leitung der städtischen Angelegenheiten beauftragt. Als Grund gibt eine Istrianer Korrespondenz des „Tempo“ den Umstand an, daß derselbe sich mit dem Dante-Fest-comité in Florenz in Korrespondenz gesetzt.

Bern, 22. Juni. Heute sind die Unterhandlungen über den Handelsvertrag und andere Verträge mit Italien zum Abschlusse gekommen.

Paris, 23. Juni. Die „France“ schreibt, das neue spanische Ministerium hat sein Programm veröffentlicht. Der nach den April-Ereignissen aufgelöste Gemeinderath von Madrid wird wieder eingesetzt; der Herzog von Tamares wurde zum Maire ernannt. Der von Narvaez abgesetzte Professor Montalvan wird wieder in einer Abtheilung der Madrider Universität angestellt; für die Presse wird eine allgemeine Amnestie erlassen, das Wahlrecht wird ausgedehnt. Für die Wahlen nach Provinzen werden Wahlen nach Distrikten vorgenommen, das Königreich Italien wird anerkannt.

Die „Opinion nationale“ hat wegen beleidigender Auslegung der vom Regierungskommissär in der Kammer gesprochenen Worte eine Verwarnung erhalten.

— 23. Juni. Der k. Gerichtshof in Algier hat in feierlicher Sitzung einen Erlaß publizirt, worin den eingeborenen Israeiliten die Vielweiberei beizubehalten erlaubt wird. Die eingeborenen Juden werden den Arabern gleichgestellt. (West. Ztg.)

Madrid, 22. Juni. Marschal **Serrano** wurde zum Generalkapitän von Madrid ernannt. Für die Presse wurde eine allgemeine Amnestie erlassen.

Brüssel, 23. Juni. Der durch den Abg. Orts dem Repräsentantenhause erstattete Kommissionsbericht beantragt, die Genehmigung zur gerichtlichen Verfolgung des Kriegsministers und des Abg. **Delant** zu ertheilen. Morgen findet hierüber die Plenardiskussion Statt.

London, 23. Juni. Nachrichten aus Shanghai vom 23. Mai zufolge befanden sich die kaiserlichen Truppen in Hankow im Aufstande. Die Taipings haben Minghou geräumt.

Aus Melbourne vom 25. Mai wird gemeldet, daß die militärische Sachlage in Neu-Seeland unverändert sei.

Athen, 17. Juni. Die Regierung hat bis jetzt in der Kammer die Mehrheit. Die Minister des Krieges, des Innern und der Marine, welche nicht gewählt wurden, sollen zurücktreten. — In Missolonghi wird nächstens auf Anregung des Königs ein Byron-Denkmal gesetzt werden.

Smyrna, 16. Juni. Daoud Pascha, Generalgouverneur des Libanon, ist auf dem Wege nach Konstantinopel hier angekommen.

Veracruz, 1. Juni. Kaiserliche Dekrete verordnen 6 Prozent des Werthes betragende Einfuhr-abgaben auf Papier, Baumwolle, Leinenwaaren und Wollwaaren.

New-York, 14. Juni. Im Süden herrschen große Noth und Armuth unter den Weißen. Die Regier sind desorganisirt. Lee und Longstreet sind von der Jury des Verrathes angeklagt. Die Handelsbeschränkungen östlich vom Mississippi sind aufgehoben. Die Regierungsmagazine in Chattanooga sind explodirt.

Lokal- und Provinzial-Nachrichten.

Laibach, 26. Juni.

Bei der am 20. Juni d. J. unter dem Vorsitze Sr. Excellenz des Herrn Statthalters stattgehabten Berathung des Nothstands-Comitês wurde beschloffen, den Bezirken Laas und Senofetsch, wo noch immer der Abgang von Lebensmitteln fühlbar ist, ein Quantum von 170 Megen Kukuruz zuzuwenden und den erübrigten Kassaest für spätere Unterstützungen, welche voransichtlich in Folge des vorgegangenen Nothstandes im kommenden Winter noch nothwendig werden, aufzubewahren.

— Bei dem gestern stattgefundenen Gewitterschlag der Blitz (ein sogenannter Wasserschlag) in das am Bahnhofe hinter dem Kohlenmagazine gelegene Wächterhaus beim Fenster ein und traf den gerade beim Essen neben dem Fenster gesessenen Wächter **Ignaz Haberer**. Derselbe, an der rechten Seite gestreift, fiel besinnungslos zu Boden, wurde aber durch seine Gattin und herbeigerufenen Leute wieder in's Leben gerufen. Es wurde sogleich um ärztliche Hilfe geschickt, die Folgen sind bis nun unbekannt. — Gleich darauf schlug der Blitz in einen Baum der internen Bahnhofsallee und beschädigte denselben nur theilweise.

Krainburg, 20. Juni. Am 14. l. M. Vormittags zeigte **Franz Breschjak** bei dem hiesigen Gerichte an, daß ungarische Zigeuner im Walde außer Krainburg bei **Ruppa** einen Knaben zurückließen, der deutsch spreche und von selbst nicht zu Gericht zu gehen zu bewegen sei. In Folge dieser Anzeige wurde sogleich ein Beamter mit Beigabe einer Gendarmeriewache auf den bezeichneten Platz in den Wald zur Verfolgung der Zigeunerbande abgesendet. Der Knabe wurde vorgefunden und bei der Verfolgung

der Zigeuner mitgenommen. Erst spät in der Nacht wurden zwei Zigeunerbanden bei **Kodain** im Bezirke **Kadmannsdorf** eingeholt und zur Haft gebracht, unter welchen der besagte Knabe auch seinen Begner auswies. Der 12-jährige Knabe gab an, er heiße **Josef Berger**, sei katholisch, sein Vater **Mathias** sei Schlosser, habe aber seine Mutter erschlagen, um sein gegenwärtiges Weib zu ehelichen; ferner er sei von **Olhau** bei **Sulzrigel**, Bezirk **Schlasing** in Ungarn gebürtig. Er wurde, wie er ansagt, in der Mitte des verfloffenen Winters in dem Dorfe **Kodizhiken**, Bezirk **Mischendorf** in Ungarn jenseits der steierischen Gränze, als er beim Dorfwasser sich befand, von einem Zigeuner bei der Hand ergriffen, der zu ihm sprach: nun gehst du mit, oder dir wird der Hals abgeschnitten; gleichzeitig wurde er auf den Wagen geworfen, mit Fesseln bedeckt, und eilig fuhr der Wagen fort. In der Folge versuchte er einmal davon zu laufen, aber der Zigeuner holte ihn zu Pferde ein. Der Angeschuldete gab bei der Einvernehmung an, er heiße **Trifun Goman**, sei aus **Gaas** im Banat gebürtig, den Knaben habe er nicht geraubt, sondern er sei freiwillig mit ihm gegangen. Die Erhebungen sind beendet und wurden an das Gericht des **Thatories** unter Einlieferung des Angeschuldeten und des Beschädigten abgegeben. Für eine ordentliche Bekleidung des Knaben wurde durch milde Beiträge gesorgt.

— Im vorigen Monate wurden in Steiermark Zigeunerbanden in größerer Zahl aufgegriffen und in ihre Heimat abgeschoben: vom k. k. Bezirksamte **Leoben** 1 Bande, aus 12 Köpfen bestehend mit 3 Pferden und 2 Wagen; vom k. k. Bezirksamte **Cilli** eine Bande von 60 Köpfen; vom k. k. Bezirksamte **Murtek** eine Bande, 5 Köpfe stark; vom Bezirksamte **Fürstfeld** drei Rotten, zwei je 5, eine 7 Köpfe zählend.

— Bei der am 22. d. vorgenommenen Wahl eines Landtagsabgeordneten aus der **Klagenfurter** Handelskammer wurde Herr **J. Schlieffnigg** mit 15 Stimmen von 18 Wotanten gewählt. Stimmen erhielten noch die Herren **Dr. Viktor v. Rainer** zwei, und **Josef Rainer** eine.

(Theater.) Vorgestern und gestern Abend fanden die beiden ersten Vorstellungen der italienischen Operngesellschaft hier Statt. Gegeben wurde „**Lucrezia Borgia**“, und zwar zur Zufriedenheit des Publikums, das den Sängern reichlichen, und wir gestehen, auch verdienten Beifall und öfteren Hervorruf zu Theil werden ließ. Einzelne Stellen wie z. B. das Terzett im zweiten Akte, wurden ausgezeichnet gesungen, wie überhaupt die Ensembles sehr gut waren und der Gesamteindruck durch nichts Störendes beeinträchtigt wurde. Wir werden später noch Gelegenheit haben, auf Einzelleistungen zurückzukommen. Der Besuch war Samstags ziemlich zahlreich; für eine Sontagsvorstellung bei regnerischem Wetter aber war er gestern gering zu nennen. Wir schreiben dieß zum Theil dem Umstande zu, daß „**Lucrezia Borgia**“ eine hier schon oft gehörte Oper ist; eine andere weniger bekannte Oper dürfte mehr besucht werden.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Verona, 24. Juni. (N. Fbtt.) Der Major und Flügeladjutant Sr. Excellenz des Feldzeugmeisters **Ritter v. Benedek**, v. **Henning**, ist in Folge eines Sturzes vom Pferde gestern hier gestorben.

Frankfurt, 24. Juni. (West. Z.) Die Bankhäuser **Schmid** und **Golz** sollen das Ansehen mit der **Donaudampschiffahrts-Gesellschaft**, 2½ Millionen à 98 zu 6 pCt. Silber verzinslich, abgeschlossen haben.

Wiesbaden, 24. Juni. (N. Fr. Pr.) Die **nassauische** Regierung lehnt aus Rücksicht für Oesterreich und insolange als dieses dem Königreich Italien die Anerkennung verweigert, den preussischen Antrag auf Abschluß eines deutsch-italienischen Handelsvertrages ab.

Berlin, 25. Juni. Die „**Nordb. Allg. Ztg.**“ dementirt die Angaben schleswig-holstein'scher Blätter, die Sendung **Hohenlohe's** bezwecke eine Wahlagitation, Petitionen wegen Entfernung des Herzogs von **Augustenburg**, Vorbereitungen wegen der Abtretung **Nord-Schleswigs** an **Dänemark**, und fügt hinzu: „Wir sind überzeugt, die Staatsregierung wird sich in dem Bestreben, beiden Nationalitäten in den Herzogthümern gerecht zu sein, beide vor gegenseitiger Bedrückung zu schützen, durch Verdächtigungen nicht beirren lassen.“

Breslau, 24. Juni. (Fbtt.) Ein der „**schlesischen Ztg.**“ zugegangenes **Wiener** Privattelegramm meldet, daß Oesterreich in **Berlin** neuerdings die Reduktion der in den Herzogthümern stehenden **Okkupationsarmee** urgire, indem die Erhaltung derselben die Ueberschüsse aus den Landeseinkünften übersteigt.

London, 24. Juni. (N. Fr. Pr.) Nachrichten aus **Washington** zufolge ist **Jefferson Davis** wahnsinnig geworden. Viele zweifeln noch an dem Ernst dieser Krankheit.

Markt- und Geschäftsberichte.

Wiener Fruchtbörse. (Telegramm vom 24. Juni.)
Weizen: Marchfelder, Wien, fl. 3.50, 87—88 Pfd.
 Szanaber, Raab, fl. 3.35, 88 Pfd.
 Banater, Raab, von fl. 3.25, 85 Pfd., bis fl. 3.25, 85—87 Pfd.
Mais, Bacskauer, Transito, fl. 2.35, 80 Pfd.
 Banater, Transito, fl. 2.40, 81 Pfd.
Korn: Slovalisches, Wien, fl. 2.60, 80—81 Pfd.
 Ungarisches, Wien, fl. 2.50, 79—80 Pfd.
 Mährisches, Lundenburg, von fl. 2.30, 80 Pfd., bis fl. 2.33, 80—81 Pfd.
Hafer: Oberösterr., Transito, fl. 1.45, 48—49 Pfd.
 Ungarischer, Transito, von fl. 1.55, 50 Pfd., bis fl. 1.58, 51½ Pfd.
 Ungarischer, Transito, fl. 1.50, 50 Pfd.
 Umfaß in Weizen 25.000 Mehen.

Laibach, 24. Juni. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 8 Wagen mit Heu und Stroh (Heu 61 Ztr. 98 Pfd., Stroh 21 Ztr. 58 Pfd.), 109 Wagen und 10 Schiffe (54 Klasten) mit Holz.

(**Wochenmarkt-Preise.**) Weizen pr. Mehen fl. —.— (Magazins-Preis fl. 3.98); Korn fl. —.— (Mg. Pr. fl. 2.65); Gerste fl. —.— (Mg. Pr. fl. 2.35); Hafer fl. —.— (Mg. Pr. fl. 1.97); Halbsfrucht fl. —.— (Mg. Pr. fl. 2.92); Heiden fl. —.— (Mg. Pr. fl. 3.02); Hirse fl. —.— (Mg. Pr. fl. 2.75); Kukuruz fl. —.— (Mg. Pr. fl. 2.82); Erdäpfel fl. 1.80 (Mg. Pr. fl. —.—); Linsen fl. 4.— (Mg. Pr. fl. —.—); Erbsen fl. 3.70 (Mg. Pr. fl. —.—); Fisolten fl. 3.75 (Mg. Pr. fl. —.—); Rindschmalz pr. Pfd. fr. 55, Schweineschmalz fr. 44; Speck, frisch fr. 32, detto geräuchert fr. 42; Butter fr. 48; Eier pr. Stück fr. 1½; Milch (ordinär) pr. Maß fr. 10; Rindfleisch pr. Pfund fr. 18—20, Kalbfleisch fr. 16, Schweine-

fleisch fr. 22, Schöpfensfleisch fr. 11; Hühnel pr. Stück fr. 22, Tauben fr. 11; Heu pr. Ztr. fl. 1.30, Stroh fr. 85; Holz, hartes 30", pr. Klasten fl. 8.50, detto weiches fl. 6.50; Wein (Mg. Pr.) rother pr. Eimer 13 fl., weißer 14 fl.

Ergebnis

der Sammlungen für das zu errichtende Kinderspital.

(Veröffentlicht durch das konstituierte prov. Damen-Comité.)

(Fortsetzung.)

	Einmalige Spende.	Zähl.	fl.	kr.	fl.	kr.
Fräulein Serafine Deschmann	2	—	—	—	—	—
M. M.	1	—	—	—	—	—
Frau Ushig	3	—	—	—	—	—
" Fanny Wölfling	1	—	—	—	—	—
" Karoline Trautmann	1	—	—	—	—	—
1 vollständiges Bett.						
" Hermine Mühleisen	5	—	—	—	—	—
" Emma Vidiz	2	—	—	—	—	—
" Fanny Langer	3	—	—	—	—	—
" Maria Gurnig	3	—	—	—	—	—
" Josefine Hlatky	2	—	—	—	—	—
" Priska von Dorotka	2	—	—	—	—	—
" Amalie Madl	—	50	—	—	—	—
" Githa Gregoritsch	6	—	—	—	—	—
Herr Tauschinsky, Verpflegs- Verwaller	4	—	—	—	—	—
" Josef Ratschitsch	5	—	—	—	—	—
Frau Anna Mayr, Apothekers- Gattin	20	—	—	—	—	—
" Johanna Ahačič	10	—	—	—	—	—
Herr Florian Fischer	5	—	—	—	—	—
" Doberlet	10	—	—	—	—	—
" Jakob Zeralla	—	10	—	—	—	—
Frau Bamberg	1	—	—	—	—	—
2 Unbekannte	2	—	—	—	—	—

	fl.	kr.	fl.	kr.
Herr Hudovernig Kofshaare für eine Matratze.	2	—	—	—
" Schwokel	2	—	—	—
und Kofshaare für 1 Matratze.				
" Zierer	3	—	—	—
" Strzelba	10	—	—	—
Frau Therese Melzer	3	—	—	—
" Maria Altmann	5	—	—	—
" Adele Lukmann	15	—	—	—
Summa	125	60	—	—

1 vollständiges Bett und Kofshaare für eine Matratze.
 Summa des letzten Ausweises . 3180 69 273 20
 und 6 Silberthaler.
Hauptsumme 3306 29 273 20
 und 6 Silberthaler.
 2 vollständige Betten, 2 Polster, 1 Matratze, Kofshaare für eine Matratze und 2 Strohsäcke.
 (Fortsetzung folgt.)

(Eingefendet.)

Gestern Abends von 8 bis 1 Uhr nach Mitternacht war die Karlstädter-Vorstadt und besonders die St. Florianergasse, wie schon oft, der Tummelplatz tobstüchtiger Rotten, die sich durch eine an Bestialität gränzende Rohheit mit Fenstereinschlagen, Prügeln, Schreien und Lärmen gegenseitig zu überbieten scheinen wollten. — Wenn es auf dem Lande und in bekannten Bezirken gelungen ist, derartige muthwillige Exzesse durch eine unerblittliche Strenge zu beseitigen, so darf man wohl fragen, wie es kommt, daß in der Hauptstadt des Landes solchen Skandalen, welche nicht allein die Bewohner solcher Stadttheile in ihrer nächtlichen Ruhe stören, sondern auch der Jugend ein schlechtes Beispiel geben, nicht energisch entgegengetreten wird?
 Ein Bewohner
 der Karlstädter-Vorstadt.

Verantwortlicher Redakteur: Ignaz v. Kleinmayr. Druck und Verlag von Ignaz v. Kleinmayr & Fedor Bamberg in Laibach.

Lottoziehungen vom 24. Juni:
Wien: 38 40 77 26 6
Graz: 41 6 11 16 85

von Wien. — Schmidt, Verwalter, von Graßnig. — Borel, Kaufmann, von Klagenfurt. — Musquitier, Kaufmann, vor Rauißha.

Elephant.

Die Herren: Antonopulo und Alexander, Handelsleute, von Triest — Jahn, Kaufmann, von Griz. — Andrezza, Theater-Direktor; Belloni, Giori, Concordia und Rosnati, Sänger; Armandi und Vulfen, Sängerrinnen, von Agram. — Vesel, Realitätenbesitzer, von Serbofsch.

Baierischer Hof.

Herr Paulsch, Ochsenhändler, von Triest.

Fremden-Anzeige

vom 23. Juni.

Stadt Wien.

Die Herren: Ritter von D' Elvert, k. k. Hauptmann, von Verona. — Dittler, Kaufmann,

K. k. priv. Südbahn-Gesellschaft.

Einführung eines zweiten gemischten Zuges an jedem Freitage
 zwischen
Agram und Carlstadt.

Vom 30. Juni 1865 angefangen bis auf Weiteres wird versuchsweise an jedem Freitage anlässlich des in Carlstadt stattfindenden Wochenmarktes früh ein gemischter Zug von Agram nach Carlstadt und Abends zurück verkehren, mit welchem Personen und Sachen zu den gewöhnlichen Preisen befördert werden.

Wien im Juni 1865.

(1271—1)

Die Betriebs-Direction.

Noch 3 Tage

verkaufe ich

Haupttreffer.

Credit-Promessen

à 3 fl. 50 kr. und 50 kr. Stempel,
 zur Forderung am 1. Juli 1865,
Haupttreffer 250.000 fl.,
 mit der Unterschrift des Großhandlungs- und Wechselhauses

J. C. Sothen in Wien,

verkauft

J. E. Wutscher.

(1112—9)

(1261—2)

Stellagen

für ein Spezerei-Geschäft sind sogleich bei **Dr. Disinger**, Rosengasse Nr. 110, billigst zu haben.

Als Prämie

erliegen bei Friedrich Bizjich in Abelsberg 100 fl. für denjenigen, welcher ihn gründlich nachweist, warum die lebensgefährliche, die öffentliche Kommunikation störende Reichsstrasse über den Werbernica zwischen Präwald und Wippach ungeachtet der vielseitigen technischen Vernehmungen noch nicht umgelegt ist.
 Unfrankirte Briefe werden nicht angenommen.
 Ein, auf jener Straffe bereits zweimal Bemühter.

(1255—3)

Weine,

vorzüglich gute kroatische, sind zu haben am St. Jakobspflage Haus-Nr. 145, die Maß zu **24, 28, 36** und **40** kr. (1278)

(1260—2)

Die in der Tirnau-Vorstadt am Gradashja-Wache gelegene, zu einer industriellen Unternehmung besonders geeignete Schuppe ist aus freier Hand zu verkaufen. Nähere Auskunft wird in Unterschischka Haus-Nr. 79 erteilt.

Pränumerations-Einladung.

Mit 1. Juli geht die viertel- und halbjährige Pränumeration auf die „Laibacher Zeitung“ und „Blätter aus Krain“ zu Ende, daher laden wir das P. T. Publikum zu einem neuen Abonnement ein.

Wir wollen über die Haltung unseres Blattes nichts sagen, sie ist bekannt; ebenso bekannt ist, daß wir bestrebt sind, alle Anforderungen an ein täglich erscheinendes politisches Provinzialblatt zu erfüllen und die Leser mit möglichster Schnelligkeit von allem Wissenswerthen zu unterrichten, wobei wir keinerlei Kosten scheuen, wofür unsere Original-Telegramme Beweis sind.

Die Pränumerations-Bedingungen bleiben unverändert:

Halbjährig:

Mit Post, unter Kreuzband versandt	7 fl. 50 kr.
Im Comptoir unter Couvert	6 " — "
Für Laibach, in's Haus zugestellt	6 " — "
Im Comptoir offen	5 " 50 "

Vierteljährig:

Mit Post, unter Kreuzband versandt	3 fl. 75 kr.
Im Comptoir unter Couvert	3 " — "
Für Laibach, in's Haus zugestellt	3 " — "
Im Comptoir offen	2 " 75 "

Die Pränumerations-Beträge wollen portofrei zugesandt werden.

Laibach, im Juni 1865.

Ignaz v. Kleinmayr & Fedor Bamberg.

Hiezu ein halber Bogen Amts- und Intelligenzblatt.